

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2016)

Heft: 3: Atomausstiegsinitiative

Artikel: Ja zum geordneten Atomausstieg bis 2029

Autor: Nipkow, Felix

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-685382>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ja zum geordneten Atomausstieg bis 2029

Deutschland muss oft als Sündenbock für die tiefen Strommarktpreise hinhalten, die auch Schweizer Produzenten betreffen. Die Vorwürfe sind nicht aus der Luft geholt, der fehlende Ausstieg aus der Kohlekraft führt zu Stromüberschüssen. Die Schweiz kann diesen Fehler Deutschlands vermeiden, indem sie die Laufzeiten der alten AKW befristet. Das ist für die Versorgungssicherheit, den Markt und die Zukunft die einzig richtige Entscheidung.



Von **Felix Nipkow**
Projektleiter Strom & Erneuerbare,
felix.nipkow@energiestiftung.ch

Seit Fukushima im März 2011 die Energiepolitik der Schweiz erschüttert hat, ist viel Wasser durch die Turbinen geflossen. Die Betreiber der Wasserkraftwerke verdienen damit aber immer weniger Geld, weil sie einen Teil des Stroms am europäischen Strommarkt absetzen und dort die Preise im Keller sind.

Grund dafür ist die Energiepolitik Deutschlands: Die Stromproduktion ist von 613 TWh (2011) auf 652 TWh (2015) angestiegen. Der Verbrauch in Deutschland hingegen ging im gleichen Zeitraum leicht zurück, von 607 TWh auf 600 TWh (zum Vergleich: Die Schweiz produziert und verbraucht rund 60 TWh pro Jahr).

Export auf Kosten von Klima und SteuerzahlerInnen

Im Bereich der erneuerbaren Energien ist die Produktion um 71 TWh angewachsen. Sie macht heute rund einen Drittel der Gesamtproduktion aus. Bei Gas- und

Atomenergie ist die Produktion rückläufig, bei Kohle hat sie leicht zugenommen. Es sind also mehr Erneuerbare hinzugekommen als Konventionelle abgestellt wurden. Und genau hier liegt der Fehler der deutschen Energiewende: Es fehlt ein klarer Plan zum Ausstieg aus den fossilen Energien. Nach Fukushima hat die Regierung zwar beschlossen, den Atomausstieg bis spätestens 2022 zu vollziehen. Sie hat es aber verpasst, einen Fahrplan für den Ausstieg aus der Kohle festzulegen. Das führt zu Überschussproduktion, weil sich die Kohlekraftwerke dank billiger Kohle am Markt halten können. Sie bezahlen ausserdem viel zu wenig für die Schäden, die der immense CO₂-Ausstoss verursacht. Kohle-Strom verstopft die Netze und führt dazu, dass der Exportsaldo von 6 TWh (2011) auf 52 TWh (2015) angestiegen ist, was wiederum die Marktpreise drückt und unter anderem der Schweizer Wasserkraft das Leben schwer macht. Bezahlen für die Stromexporte müssen auch das Klima und die SteuerzahlerInnen.

Betreiber von Atomkraftwerken und andere Anhänger einer konventionellen Grosskraftwerk-Dreckstrom-Politik sehen die Lösung in der Abkehr von der Erneuerbaren-Förderung. Unter diesem Licht sind auch die aktuellen Bestrebungen der deutschen Regierung zu sehen, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu bremsen. Es gibt aber kein Zurück. Den Fortschritt aufzuhalten, ist selten eine gute Idee. Dass Atomenergie und fossile Energien keine zukunftsfähigen Lösungen sind, ist längst bekannt. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz.

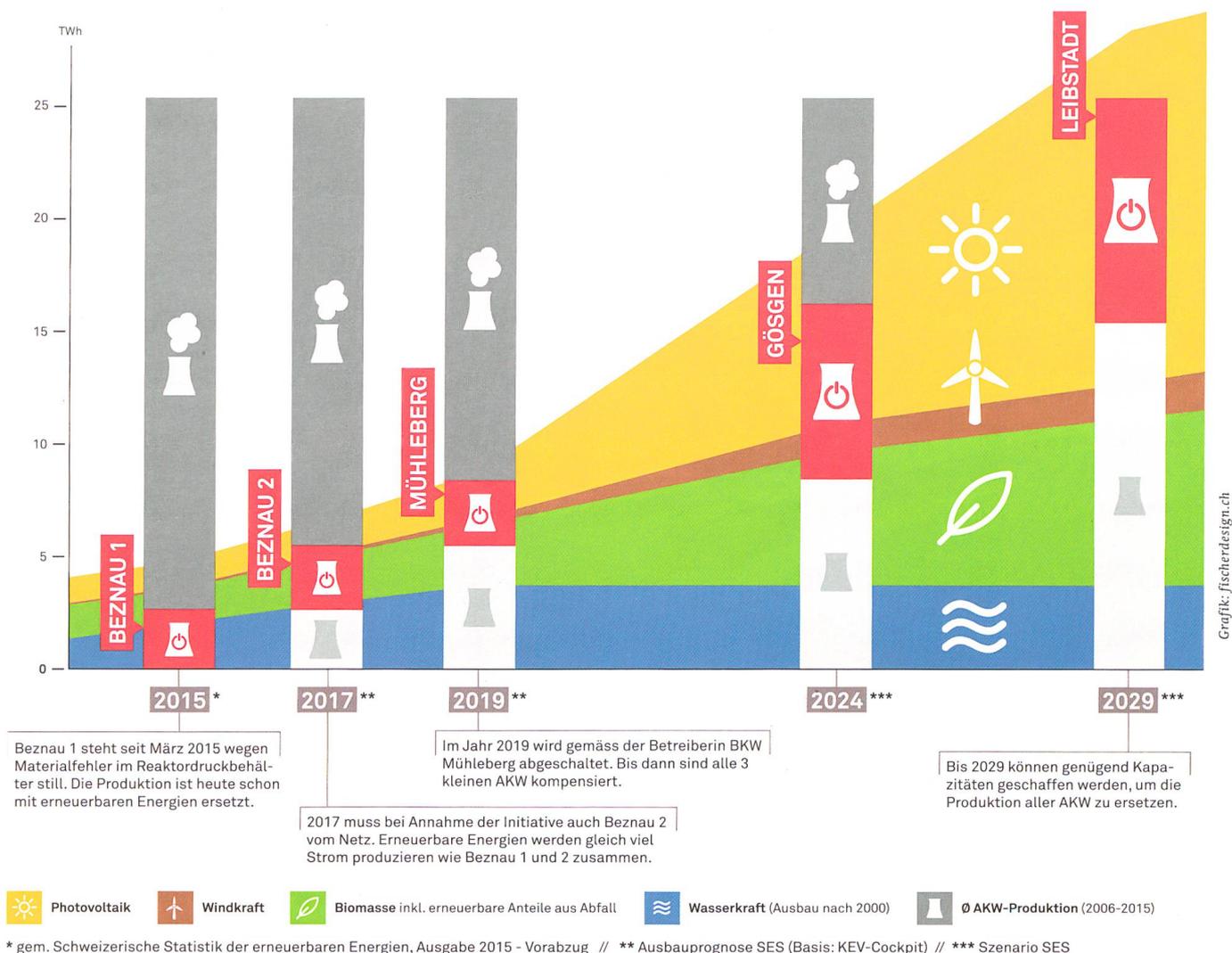
Einstieg und Ausstieg gehören zusammen zum Umstieg

Eigentlich ist es ganz einfach: Systemveränderungen wie der Atomausstieg oder die Abkehr von fossilen Energien brauchen einen Plan. Dieser Plan fehlt in Deutschland auf der Seite der fossilen Kraftwerke – mit unangenehmen Folgen für die Strombranche. In der Schweiz sind wir drauf und dran, diesen Fehler bei den AKW zu wiederholen. Die Energiestrategie 2050 – der bundesrätliche Plan zur Energiewende – sieht eine verstärkte Förderung erneuerbarer Energien vor, enthält ein Verbot zum Bau neuer AKW, verpasst es aber, den Ausstieg mit klaren Terminen zu versehen. Die alten

Stromerzeugung und -verbrauch in Deutschland 2011–2015

Stromerzeugung					
in TWh	2011	2012	2013	2014	2015
Kohle	262,5	277,1	288,2	274,4	273,0
Erdgas	86,1	76,4	67,5	61,1	59,6
Atomenergie	108,0	99,5	97,3	97,1	91,8
Mineralöl	7,2	7,6	7,2	5,7	5,4
Windkraft	48,9	50,7	51,7	57,4	88,0
Biomasse	32,8	39,7	41,2	43,3	44,2
Photovoltaik	19,6	26,4	31,0	36,1	38,4
Wasserkraft	23,5	27,9	28,8	25,4	25,2
andere	24,5	24,9	25,9	27,3	26,1
Total	613,1	630,1	638,7	627,8	651,8
Bruttostromverbrauch (einschliesslich Netzverluste und Eigenverbrauch)					
Total	606,8	607,1	604,9	592,2	600,0
Stromimportsaldo (negativ = Export)					
Saldo	-6,3	-23,1	-33,8	-35,6	-51,8

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie www.bmwi.de, vereinfachte Darstellung: SES



AKW sollen weiterlaufen «so lange sie sicher sind». Das ist gefährlich, weil weltweit noch nie ein AKW so lange in Betrieb war wie Beznau 1 an der Aare. Das ist auch dumm, weil Einstieg und Ausstieg nicht zusammen gedacht werden. Das Lobbying der AKW-Betreiber, die 2011 noch davon ausgingen, dass sie mit ihren alten Töpfen Geld verdienen können, hat gewirkt. Inzwischen sind die AKW Geldvernichtungsmaschinen. Bundesrat und Parlament wollen aber nicht mehr von der eingeschwenkten Bahn abweichen und halten am Widerspruch fest.

Atomausstiegsinitiative ergänzt Energiestrategie und hilft dem Markt

Zum Glück gibt es die 2012 eingereichte Initiative für den geordneten Atomausstieg, über die wir am 27. November 2016 abstimmen können. Sie ist die perfekte Ergänzung zur bundesrätlichen Energiestrategie: Die Laufzeiten der alten AKW werden auf 45 Jahre begrenzt. Damit steigt die Schweiz bis 2029 aus der Atomenergie aus. Der Einstieg und der Ausstieg werden zusammengebracht – nur so kann Umsteigen gelingen. Das bringt auch grosse Vorteile für die Planung des Erneuerbarenausbaus. Es ist schwierig, den Ausbau zu

planen, wenn nicht klar ist, wann wie viel Kapazität erforderlich ist. Investoren sind darauf angewiesen, den Markt voraussagen zu können – ohne Abschalt-daten ist das unmöglich. Die Bevölkerung und die Wirtschaft sind bereit. Davon zeugen nicht zuletzt die rund 40'000 Projekte für erneuerbare Kraftwerke auf der Warteliste der kostendeckenden Einspeisevergütung. Alleine im Jahr 2015 wurden über 10'000 Photovoltaikanlagen installiert.

Versorgungssicherheit ohne AKW

Die Betreiber der AKW träumen von 60 Jahren Laufzeit und mehr. Ob das überhaupt möglich ist, ist alles andere als sicher: Beznau 1, das älteste AKW der Welt, steht seit März 2015 still. Immer wieder kommt es in den Uraltreaktoren zu unplanmässigen Ausfällen, weil die Technik immer unzuverlässiger wird. Das gefährdet auch die Stromversorgung. Solar- und Windkraft sind wetterabhängig, das Wetter ist aber viel präziser vorhersehbar als sich häufende Störfälle in Uraltreaktoren. AKW sind ein enormes Sicherheitsrisiko und eine Gefahr für die Versorgungssicherheit. Deshalb braucht es am 27. November ein Ja zum geordneten Atomausstieg. <